

2016/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Inge Jäger, Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend WTO-Ministerkonferenz in Singapur

Angesichts der Internationalisierung der Wirtschaft und des verstärkten internationalen Konkurrenzdruckes wurden im österreichischen Parlament Umwelt- und sozialrechtliche Standards diskutiert.

Am 13. Dezember 1996 fand in Singapur die WTO-Ministerkonferenz in Singapur statt.

In einem Bericht Ihres Ressorts vom 29. Jänner d. Jahres schreiben Sie: "Der Bereich Handel und grundlegende Arbeitsnormen war von Beginn an nicht nur EU-intern, sondern auch innerhalb der anderen WTO-Mitgliedstaaten äußerst kontroversiell. Seitens Österreichs wurde trotzdem sowohl in einschlägigen EU-Ratsitzungen als auch im Rahmen meiner Erklärung im WTO-Plenum mit Nachdruck die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Prüfung des Zusammenhanges zwischen Handel und Sozialstandards sowie zur grundsätzlichen Beschäftigung mit menschenrechtlichen Fragen in der Arbeitswelt gefordert".

Weiters heißt es in dem Bericht an den Präsidenten des Nationalrates: "Der dabei gefundene Kompromiß bleibt allerdings weit hinter den österreichischen Forderungen zurück".

Österreich brachte zwar im EU-Rahmen seine Enttäuschung zum Ausdruck, daß nicht mehr bezüglich Handel und sozialrechtlichen Fragen erreicht werden konnte, akzeptierte aber- wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten - den erzielten Kompromiß, da damit zumindest einmalig im WTO-Kontext der Bereich der grundlegenden Arbeitsstandards Niederschlag findet.

Deshalb richten die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

1. Welche Länder sprachen sich für die Einführung von sozialrechtlichen Arbeitsstandards bzw. sogenannte Umwelt- und Sozialklauseln in der WTO aus?
2. Welche sprachen sich dagegen aus und mit welcher Begründung?
3. Welche konkrete Position nahmen die österreichischen Vertreter ein?
4. Wie lautet der Kompromiß, der bezüglich grundlegender Arbeitsstandards erzielt wurde?
5. Warum kam die WTO-Arbeitsgruppe nicht zustande?
6. Welche weitere Vorgangsweise planen Sie in Bezug auf sozialrechtliche Standards und Handel im internationalen Kontext?
7. Werden Sie sich weiter verstärkt für sozialrechtliche- und auch Umweltstandards im Rahmen der WTO einsetzen?